

Themenblätter im Unterricht

Herbst 2004_Nr. 39

Zuschauer- Demokratie?



Seite 3 – 6
Seite 7 – 62

Seite 63
Seite 64

Anmerkungen für die Lehrkraft
Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (27 Stück)
zum Thema: *Zuschauer-Demokratie?*.
Literaturhinweise
Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Dr. Lothar Scholz

Jahrgang 1949, lebt in Rödermark-Urberach in Hessen. Er unterrichtete an einer Integrierten Gesamtschule, war Ausbildungsleiter am Studienseminar in Darmstadt (Sozialkunde) und ist seit mehr als 20 Jahren in der hessischen Lehrerfortbildung im Bereich der politischen Bildung tätig.

Heute leitet er die Regionalstelle Darmstadt-Dieburg des Hessischen Landesinstituts für Pädagogik (HeLP). Promotion über Spiele und spielerische Lernformen in der Politischen Bildung. Lehrauftrag an der J.W.-Goethe Universität in Frankfurt (seit 2003).

Veröffentlichungen: Spielerisch Politik lernen (2003, Wochenschau-Verlag); Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene; Methodenliste; Themenblätter im Unterricht Nr. 6: Demokratie – was ist das? und Themenblätter im Unterricht Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie (alle: Bundeszentrale für politische Bildung 2002, 2001, 2004); zahlreiche Unterrichtseinheiten und Fachaufsätze in der didaktischen Literatur.

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)

Autor: Lothar Scholz
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: plainpicture/Langer, M.
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.
Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.
Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: Oktober 2004
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.389 (siehe Bestellcoupon S. 63)

Diese Ausgabe der "Themenblätter im Unterricht"
ist ein Beitrag der bpb zu der bundesweiten Kampagne
Projekt P - misch dich ein.

P steht für **Politik und Partizipation.**

Projekt P will erreichen, dass Kinder und Jugendliche ihre Bedürfnisse, Interessen und Kritik in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse einbringen können. Das gilt für ihr unmittelbares Lebensumfeld und für alle politischen Ebenen.

Projekt P will vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene in Macht- und Entscheidungspositionen mobilisieren. Es will vorhandene Beteiligungsformen stärken und neue Formen der Beteiligung entwickeln und erproben.

Projekt P beteiligt Kinder und Jugendliche an der Konzeption, Planung und Projektrealisierung.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutsche Bundesjugendring führen **Projekt P** als Aktionsbündnis in den Jahren 2004 und 2005 durch.

Projekt P - misch dich ein

Geschäftsstelle
Eva Eschenbruch
Stresemannstr. 90
10963 Berlin

Tel +49(0)30 25 45 04 32
Fax +49(0)30 25 45 04 22
projekt-p@bpb.de
→ **www.projekt-p.info**



.....
Achtung:
Sommer 2005 in Berlin!
.....
→ **www.projekt-p.info**
.....



Lothar Scholz

Zuschauer-Demokratie?

Sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen¹ ist gar nicht so einfach. Theoretisch nicht – wer blickt schon so richtig durch – und praktisch auch nicht. Die Möglichkeiten der politischen Beteiligung, zumal in der Schule, sind doch recht gering, oder? Und viele (die meisten?) wollen auch gar nicht mitmachen, schimpfen aber („Die machen doch sowieso, was sie wollen“).

Politik- und/oder Parteienverdrossenheit, Demokratie- und/ oder Systemkritik, Bürger- und/ oder Wählerabstinenz? Wer ist auf wen oder was verdrossen? Es kommt wohl auf den Standort und die Perspektive an.

Interesse und Desinteresse, Engagementbereitschaft und Ohne-mich-Haltung, Lust und Frust an Politik sind aus den verschiedensten Blickwinkeln publizistisch erhellt worden - die Fülle der Fachliteratur und der Berichterstattung in der Presse ist vielgestaltig (siehe Literaturverzeichnis).

Ob die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene die allgemeine Politikverdrossenheit verringern könnte?

Mehr Lust auf Politik durch Volksabstimmung, Volksbegehren, Referendum? Dies sind Begriffe, die in den letzten Wochen verstärkt in die Diskussion, vor allem im Zusammenhang mit der EU-Verfassung, eingeführt wurden.

Zum Arbeitsblatt A

Das vorliegende Themenblatt will die Jugendlichen veranlassen, ihren Standort, ihren Blickwinkel und eigene Handlungsperspektiven für sich zu reflektieren.

Schimpf und Verdruss?

Als Einstieg dient die auf Arbeitsblatt A abgebildete Karikatur, die das Spannungsfeld ›Politik(er) – Volk‹ überspitzt zum Ausdruck bringt. Das Thesenraster greift Ansichten, Meinungen und Positionen auf, zu denen die Schüler und Schülerinnen Stellung beziehen sollen. Dieser erste Abschnitt dient dazu, über Ansichten zu Politik und Politikern, Bürgern und Beteiligungsbereitschaft ins Gespräch zu kommen, ein Meinungsbild (Meinungsprofil) in der Klasse zu erheben, Meinungen auszutauschen und zu begründen.

In einem nächsten Schritt sollen sich die Jugendlichen mit einer der Positionen aus dem Thesenraster näher befassen und den Aussagegehalt und die Aussagewirkung näher untersuchen. Bewusst sollen sie auch veranlasst werden, aus ihrem Erfahrungsfeld nach Beispielen und Gegenbeispielen zu suchen und zu überlegen, wie die Positionen überprüft werden können (was müssen wir tun, um diese Positionen zu überprüfen?). An dieser Stelle bieten sich Möglichkeiten an, die Themenstellung durch eigene Recherchen und kleine Studien der Jugendlichen zu vertiefen und zu erweitern.

Das Verkehren von Aussagen in ihr Gegenteil (Aufgabe 3) ist eine Vorübung für die anschließende Kopfstandmethode.

Kopfstand

Mithilfe der Kopfstand-Methode (siehe Kurzbeschreibung auf dem Arbeitsblatt) sollen die Jugendlichen über Umwege Antworten zur Frage „Wie kann erreicht werden, dass sich die Menschen mehr für Politik interessieren und engagieren?“ fin-

den. Die auf den Kopf gestellte Frage ist sehr anregend und befördert ungewöhnliche und interessante Perspektiven zu Tage, die dann in der Umkehrung zu differenzierten Antworten führen können.

Zum Arbeitsblatt B

Lust auf Politik?

Auf die Bereitschaft Jugendlicher zum Engagement zielt der folgende Abschnitt ab. Die Jugendlichen sollen über die Voraussetzungen und Bedingungen nachdenken, unter denen sie selbst bereit wären, sich zu engagieren. Individuelle Motive, politische Handlungsformen und Themenstellungen sollen reflektiert werden, die eine eigene Handlungsbereitschaft bewirken könnten.

EU-Referendum

Als aktuelles Beispiel für ein Thema, bei dem es kontroverse Ansichten zur Frage der Beteiligung des Volkes gibt, ist das Referendum über die EU-Verfassung angeführt. Die Materialien im Anhang 2 zeigen die unterschiedlichen Sichtweisen und sollen die Jugendlichen zur begründeten eigenen Haltung zum Thema „Volksentscheid“ im Allgemeinen und zum EU-Referendum im Besonderen veranlassen. Im Unterricht kann man zum Abschluss die Frage stellen: Würden Sie sich an einer Abstimmung über die EU-Verfassung beteiligen?

Auch hier bieten sich vielfältige Möglichkeiten der Vertiefung an – von der Befassung mit der Thematik repräsentative/ plebiszitäre Elemente der bundesrepublikanischen Demokratie über eine Analyse der Kontroverse um die Einführung eines Referendums in Deutschland bis hin zur Auseinandersetzung mit den Inhalten des EU-Verfassungsentwurfs. Auf jeden Fall sollten die Materialien Anstöße geben, die Entwicklung der politischen Diskussion in Europa und speziell in Deutschland über die Frage EU-

¹ Max Frisch: Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen; vgl. auch: Themenblätter im Unterricht Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie (bpb)

Referendum mit zu verfolgen unter der Fragestellung: Wäre die Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger förderlich?

Kreative Unterrichtsarbeit

Das Thema bietet vielfältige Möglichkeiten, den Unterricht fächerübergreifend, methodisch abwechslungsreich und kreativ zu gestalten. Simulative Unterrichtsformen (Rollenspiel, Talkshow, simulierte Expertenbefragung), Diskussions- und Entscheidungsspiele (Pro- und Contra-Debatte, Streitlinie, Thesenprofil), szenische Verfahren (Stegreifspiele, Standbilder²), aber auch künstlerisch-kreative Formen der Unterrichtsarbeit (Collagen, kreative Textarbeit, Schreibwerkstatt³) lassen sich gut mit einzelnen Aspekten des Themas verknüpfen. Elfchen zu entwerfen (siehe Beispiele und Beschreibung unten) fördert eigene Kreativität und macht zudem noch Spaß.

Elfchen

Eine besondere Form des kreativen Schreibens ist das Elfchen. Ein Elfchen ist ein „Gedicht“, das einer strengen formalen Struktur folgt, ohne dass es sich reimt. Es besteht aus elf Wörtern – deshalb Elfchen –, die auf 5 Zeilen verteilt sind: 1. Zeile: ein Wort; 2. Zeile: 2 Wörter; 3. Zeile: 3 Wörter; 4. Zeile: 4 Wörter; 5. Zeile: ein Wort. Durch das Einhalten des vorgegebenen Konstruktionsprinzips wird ein Zwang zur Reduktion und Komprimierung einer Aussage ausgeübt, der dem Lösen eines kniffligen Rätsels oder einer Denksportaufgabe ähnelt. Diese Aufgabe kann in verschiedenen Unterrichtsphasen gestellt werden. Vor allem eignet sie sich, um persönliche Auffassungen und Lernergebnisse literarisch auszudrücken.

Beispiele:

Demokratie
hohes Gut
das kleinere Übel
es ist meine Sache
Einmischen

Politikfrust!
Durchblick kriegen
Engagiert und unverdrossen
nicht den andern überlassen
Politiklust?

Politik
Nein danke
Wer profitiert davon?
Es sind meine Interessen (Es ist unsere Zukunft)
Mitmachen!

² vgl. Scholz: Spielerisch Politik lernen. Schwalbach/Ts. 2004 2. Aufl.; Bundeszentrale für politische Bildung: Methodenkiste 2000

Anhang 1: Politikverdrossenheit

Text 1 Mathias Albert: Das Janusgesicht der „Politikverdrossenheit“

Insgesamt lässt sich ein langfristiger Trend zu einem nachlassenden politischen Interesse Jugendlicher feststellen (der sich im Übrigen gemäß neuerer Studien nicht unbedingt im politischen Interesse der Gesamtbevölkerung widerspiegelt). Die vor diesem Hintergrund oftmals diagnostizierte „Politikverdrossenheit“ stellt sich dabei bei näherem Hinsehen, wie bereits seit längerem bekannt, als eine „Politiker- und Parteienverdrossenheit“ dar. Es sind nicht bestimmte Parteien, denen die Jugendlichen das Vertrauen entziehen. Vielmehr schwindet das Vertrauen in die Lösungskompetenz und in die Integrität von Parteien sowie von Politikerinnen und Politikern insgesamt.

Gegen diesen Trend einer Politikverdrossenheit lassen sich zwar zeitweilige Gegenbewegungen ausmachen. Einzelne Skandalisierungen, die etwa Anfang 2003 in den Schülerprotesten gegen den Irak-Krieg sichtbar wurden, bewegen die Jugendlichen zwar, führen aber nicht zu dauerhaften Formen politischen Interesses und Engagements. Über Einzelaktionen hinausgehendes politisches Engagement ist „out“, insofern es die Einbindung in feste organisatorische Strukturen verlangt. Dies trifft dabei nicht nur auf die Parteien, sondern ebenfalls auf Interessengruppen mit politischen Zielen (etwa im Umweltbereich) zu.

Entgegen dieser Diagnose einer „Politikverdrossenheit“ der Jugendlichen steht auf der anderen Seite jedoch auch die Feststellung, dass Jugendliche durchaus bereit sind, sich für die Belange anderer zu engagieren und einzusetzen. Freilich erstreckt sich dieses Engagement nicht auf das politische Engagement in einem traditionellen Sinn, sondern eher auf gemeinnützige bzw. Gemeinwohl orientierte Aktivitäten in einem weiteren Sinne. Und es ist ein problem- und projektbezogenes, nicht auf dauerhafte organisatorische Bindung angelegtes Engagement. Es erschien daher auf der einen Seite falsch, den Jugendlichen aufgrund ihrer Ferne von Parteipolitik und parteipolitischen Engagement grundsätzlich eine mangelnde Bereitschaft zu politischem Engagement unterstellen zu wollen: nur handelt es sich eben um eine andere Form politischen Engagements, welches mithin auch auf die sich verändernden Grenzen des Politischen in der Gesellschaft verweist.

Quelle: www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Jugendforschung/s_1336.html.

Prof. Albert lehrt Politikwissenschaften an der Universität Bielefeld.

Text 2 Aus einem Interview mit dem Parteienkritiker Hans-Herbert von Arnim

Ich glaube, dass die Politikverdrossenheit ganz wesentlich damit zusammenhängt, dass die Bürger eben nichts entscheiden können. In Wahrheit hat der Wertewandel, den die Soziologen uns aufzeigen, dazu geführt, dass die Bürger sehr viel interessierter sind an der Politik als früher. Man muss ihnen nur Möglichkeiten geben, wirklich etwas beeinflussen zu können. Es ist also ein großes Missverständnis zu sagen, die Bürger sind politikverdrossen und deswegen würden sie sich an den ihnen bereitgestellten Möglichkeiten nicht mehr beteiligen. Das Gegenteil ist der Fall.

³ vgl. Fritzsche, Joachim: Schreibwerkstatt. Geschichten und Gedichte: Schreibaufgaben, -übungen, -spiele. Stuttgart 2003, 2. Aufl. Vöpel, Klaus W.: Schreibwerkstatt 1/2; Eine Anleitung zum kreativen Schreiben für Schüler, Lehrer und Autoren. Salzhäusen 1998.

BZ: *Woran liegt es, dass die Politik so wenig auf die Bürger hört? Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung große Reformen durchaus akzeptieren würde und auch zu vertretbaren Einschnitten bereit wäre. Dennoch greift die Politik diese Bereitschaft nicht auf.*

Von Arnim: Das liegt teilweise an der Führungsschwäche der Politik, es liegt aber auch am Querfeuer der Verbände und ihrer Funktionäre, die an allen Privilegien, Subventionen, Steuervergünstigungen und sonstigen Dingen, die eigentlich abgeschafft gehören, festhalten, weil sie sie in der Vergangenheit durchgesetzt haben. Verbandsfunktionäre leben davon, dass sie für ihre Mitglieder Sondervorteile erstreiten und gegen deren Abbau kämpfen.

Quelle: <http://www.walter-eucken-institut.de/politikreform/arnim-bz-interview.htm>. Prof. von Arnim hat den Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer inne.

Text 3 Jost Kaiser: Die große Verekelung – Sind Politikverdrossene die besseren Demokraten?

Es liegt vielmehr eine ganz andere Vermutung nahe:

Politikverdrossenheit liegt im Wesen der repräsentativen Demokratie, die die Macht an professionalisierte Berufspolitiker delegiert und in der sich Herrschaft nicht durch Herrschaft des Volkes, sondern der Herrschaft für das Volk manifestiert, selbst begründet. Denn Delegation von Macht bedeutet, dass die Sphäre des Politischen ein Eigenleben entwickelt, das zu durchdringen etwas erfordert, was die Verdrossenen nicht haben oder zu erwerben bereit sind: Interesse und Kenntnisse. Die Politikverdrossenheit ist in Wirklichkeit eine Demokratieverdrossenheit.

Die Vorstellung, diese Politikverdrossenheit durch einen effektiven, starken Staat mit enger Einheit zwischen Volk und Staatsführung aufzuheben, ist im besten Fall eine Illusion. Aber wahrscheinlich ist sie bei nicht wenigen der angeblich Politikverdrossenen eine totalitäre Phantasie. Ein Staat ohne Politikverdrossene müsste ein Staat sein, der ohne umständliche und langwierige Gesetzgebungsverfahren und ohne Vermittlungsausschüsse, ohne taktische parteipolitische Plänkeleien und Zankereien auskommen müsste, also ohne all das, wofür sich der Verdrossene in der Regel nicht interessiert und was ihn anwiderdet. Es wäre ein totalitärer Staat. [...]

Da jedoch immer wieder erkennbar ist, dass die sogenannten Verdrossenen nach einer wirklichen Beteiligung am Politischen, die nicht nur Zeit, sondern auch Kenntnisse erfordert, gar kein Verlangen haben, bleibt nur der Schluss, dass die Behauptung politikverdrossen zu sein, vor allem eins ist: das dröhnende Bekenntnis, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein, geschweige denn an ihrer Veränderung mittels Teilnahme, sei es in Verbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen – oder eben in Parteien...

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 20.09.1999. Jost Kaiser lebt als freier Journalist in Berlin.

Text 4 Werner J. Patzelt: Verdrossen sind die Ahnungslosen!

Ungefähr die Hälfte der Deutschen interessiert sich überhaupt für Politik. Politisches Interesse wird wiederum, wie entsprechende Untersuchungen immer wieder bestätigen, in erster Linie aus den Fernseh- und Hörfunknachrichten sowie aus der Lokalzeitung befriedigt. Wieviel an komplexen politischen Zusammenhängen läßt sich aber in kurzen Nachrichtensendungen, wieviel in einer durchschnittlichen Lokalzeitung darstellen? Alle entsprechenden Forschungen zeigen: Vermittelt wird, was sich personalisieren, dramatisieren, skandalisieren läßt, während komplexe Zusammenhänge und langfristige Entwicklungen kaum eine Chance haben, beim normalen

Mediennutzer 'anzukommen'. Medienwirklichkeit konstruiert sich vielmehr nach anderen Faktoren als die tatsächliche politische Handlungswirklichkeit. [...]

Die Folge all dessen sind politische Verständnismängel der Bürger dort, wo es um die Maschinerie von Demokratie, um die Strukturen und um die Funktionslogik Demokratie ermöglichender Institutionen geht. [...]

Gefährlicher noch sind grundsätzliche Verständnismängel der Deutschen hinsichtlich ihres Regierungssystems. Hier lässt sich nachgerade von einem latenten Verfassungskonflikt sprechen. Neuere Untersuchungen zeigen nämlich, dass die Deutschen zwar fleißig Parlamente wählen, doch von ihrem parlamentarischen Regierungssystem recht wenig wissen und verstehen. Von sich aus, also ohne weitere Hinweise, konnten beispielsweise 58% der Bürger keinerlei Angaben dazu machen, wo denn – außer im Plenarsaal – die Arbeit des Bundestages stattfindet. Wenig Gutes zeigen auch die Befunde zum Wissen über die Aufgaben des Bundestages. Anhand von Antwortvorgaben befragt, gaben 84% an, um dessen Aufgabe zu wissen, Gesetze zu beschließen; unter diesen hielten das 51% (bezogen auf alle Befragten: ganze 42%) auch persönlich für eine besonders wichtige Aufgabe. 74% wussten um die Wahl des Bundeskanzlers als einer Aufgabe des Bundestages (davon eingeschätzt als 'besonders wichtige' Aufgabe von 39%, unter allen von 29%). 66% wussten auch um die Regierungskontrolle, davon als 'besonders wichtiger' Aufgabe 65%, unter allen 43%. Doch dass der Bundestag zunächst einmal für eine stabile Regierungsmehrheit zu sorgen hat, das nannten nur ganze 30% der Deutschen eine Aufgabe des Bundestages. Von diesen hielten das für eine 'besonders wichtige' Aufgabe 42%, unter allen Deutschen also 13%. Das passt zum Ergebnis, dass die auf die Wahl des Kanzlers ausgerichtete Regierungsbildungsfunktion auch nur 29% derer, die darum überhaupt Bescheid wissen, persönlich für wichtig halten. [...]

Aufgrund solcher Befunde führt kein Weg an folgender Einsicht vorbei: Gerade wenn unser parlamentarisches Regierungssystem so funktioniert, wie es seiner Funktionslogik entspricht, zieht es die Kritik der Bürger auf sich und auf die Abgeordneten als seine zentralen Akteure. Im Grunde versuchen die Deutschen, ihr modernes (!) parlamentarisches Regierungssystem, in dem die Regierung Fleisch vom Fleisch eines aus regionalen und nationalen Parteiführern bestehenden Parlaments ist, anhand jener Verständniskategorien zu beurteilen, die dem deutschen Konstitutionalismus des vorvergangenen Jahrhunderts mit seinem Gegenüber von Regierung und Parlament angemessen waren.

Quelle: <http://www.vemdl-sachsen.de/vortraege/patzelt.html>
Aus: Die Zeit Nr.9, 22.02.2001, S. 9.
Prof. Patzelt lehrt Politikwissenschaften an der TU Dresden



Zeichnung: Thomas Pfaffmann

Anhang 2: Mehr Demokratie durch direkte Beteiligung?

In mehreren EU-Staaten (Großbritannien, Spanien, Portugal, Dänemark, Irland, Luxemburg Frankreich) wird das Volk in den nächsten Monaten direkt Ja oder Nein zur EU-Verfassung sagen können. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, so die aktuellen Umfragen, möchte ebenfalls direkt darüber abstimmen. Der Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 im Grundgesetz gibt einen Hinweis auf mögliche Volksentscheide – Staatsgewalt, heißt es dort, werde „in Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt. Eine Konkretisierung dieses Verfassungsprinzips ist allerdings nie erfolgt.

Über den Sinn plebiszitärer Elemente sind sich Experten uneins. Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Günter Hirsch, etwa empfindet ein Referendum zur EU-Verfassung als sinnvolles Mittel demokratischer Legitimation. Andere Fachleute warnen davor, direkte Beteiligung mit mehr Demokratie zu verwechseln. Sie sagen, Referenden könnten zu „Protestwahlen“ umfunktioniert werden.

Eine ausführliche Pro- und Kontra-Debatte finden Sie auch unter: www.merkur.de/aktuell/po/eu_043201/html und www.merkur.de/aktuell/po/eu_043202/html.

1 Die Welt vom 16. Juli 2004

Nach der überraschenden Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, im Jahr 2005 eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung abzuhalten, mehren sich auch in den deutschen Parteien die Forderungen nach einem Referendum. „Die Entscheidung des französischen Staatspräsidenten verstehe ich als Aufforderung an die politisch Verantwortlichen in Deutschland, ebenfalls die Frage der Durchführung eines Plebiszites über den europäischen Verfassungsvertrag noch einmal zu prüfen“, sagte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) der WELT. Er fügte hinzu, er sei „insbesondere aus zwei Gründen für ein Plebiszit“. Zum einen sollten die Menschen „an einer Entscheidung wie der Verabschiedung des Verfassungsvertrages, der sie in sehr starkem Maße persönlich betreffen wird, auch unmittelbar beteiligt werden“. Zum anderen würde eine solche Volksabstimmung dazu beitragen, „dass sich die Menschen stärker mit der europäischen Verfassung beschäftigen, und das wäre zweifellos positiv“.

2 Forsa Umfrage vom 15./16.7.2004

Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Hamburger Magazins »Stern« wollen 81 Prozent der Befragten ein Verfassungs-Referendum. 16 Prozent sind der Meinung, die Deutschen sollten nicht abstimmen. 3 Prozent antworten mit »weiß nicht«. ...
Damit sei die Zahl der Befürworter einer Volksabstimmung seit einer Umfrage im April um 7 Prozentpunkte gestiegen, die Zahl der Gegner um 3 Punkte gefallen, teilte das Magazin am Mittwoch mit.

3 Die Welt vom 25. Juli 2004

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, warnte davor, aus diesem Anlass auf Bundesebene Volksentscheidungen einzuführen. Dem Reutlinger General-Anzeiger sagte er: „Für eine Volksabstimmung müsste in Deutschland das Grundgesetz geändert werden. Ich halte nichts davon, dies nur für einen Einzelfall zu tun.“

Wenn die Volksgesetzgebung ganz allgemein auf Bundesebene eingeführt würde, bestünde die Gefahr, dass sehr komplexe Themen auf ein simples Ja oder Nein reduziert würden. Populisten und Extremisten könnten dies als Chance nutzen, „Profit aus der Krise des politischen Systems zu schlagen“.

Zwar gebe es, so Papier, in Deutschland derzeit „glücklicherweise keine Führungsfiguren an den politischen Rändern. Doch die sinkende Wahlbeteiligung ist ein Alarmzeichen, das uns zu denken geben sollte“.

4 Mehr Demokratie e.V. Bundesverband Verbandspresse, 12.07.2004

(Berlin) In allen Parteien wird der Ruf nach einer Volksabstimmung über die Europäische Verfassung immer lauter. Die Bürgeraktion Mehr Demokratie begrüßt entsprechende Äußerungen von Spitzenpolitikern. Angesichts der quer zu den politischen Lagern verlaufenden Debatte ruft Mehr Demokratie zu einer „großen Koalition“ für ein EU-Referendum auf.

„Volksabstimmungen haben keine politische Farbe“, erklärte Mehr Demokratie-Vorstandssprecherin Claudine Nierth. „Deshalb begegnen uns in diesen Tagen so ungewohnte „Koalitionen“: Ausnahmsweise sind sich FDP und PDS, CSU und Teile der Grünen in der Sache einig. Noch lehnen Schröder und Merkel ein Referendum ab – doch in den Reihen von SPD und CDU wächst der Widerstand.“

„Viele Bürger haben das Gefühl, den Parteien gehe es nur darum, dem politischen Gegner eins auszuwischen und sich selbst zu profilieren. Die Parteien haben jetzt die einmalige Chance, den Menschen das Vertrauen in die Politik zurück zu geben: Wenn es ihnen gelingt, in der Frage eines Referendums über die EU-Verfassung eine alle Lager umfassende große Koalition auf die Beine zu stellen. Denn nur wer dem Volk vertraut, verdient sich das Vertrauen des Volkes.“

Darüber hinaus würde eine Volksabstimmung eine intensive öffentliche Debatte über die Inhalte der Verfassung erzeugen und damit das Interesse der Bürger für das Projekt Europa wecken, so Nierth. Nach der extrem niedrigen Beteiligung bei der Europawahl müsste auch das im Interesse der Politik sein.

5 Günther Nonnenmacher, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.7.2004

Das eigentlich Befremdliche an der gegenwärtigen Debatte ist, dass der Eindruck erweckt wird, die repräsentative Ausrichtung des Grundgesetzes sei letztlich nur ein historisch bedingter Defekt, eine Selbstfesselung, welche die Deutschen nun abstreifen sollten, um Politik endlich selbstbestimmt und direktdemokratisch gestalten zu können. Das verkennt nicht nur die eigenständige Tradition und Legitimität des angelsächsisch geprägten „representative government“. Es ignoriert vor allem, dass die Deutschen mit dem Grundgesetz, der besten Verfassung, die sie jemals hatten, mehr als ein halbes Jahrhundert lang in allen politischen Lebenslagen gut gefahren sind.

Ein Blick über die Grenzen zeigt überdies, dass „Politikverdrossenheit“ kein typisch deutsches Problem ist und dass andere, vergleichbare Staaten – auch und gerade solche, in denen es von Verfassungen wegen mehr direkte Beteiligung gibt – keineswegs besser regiert werden oder demokratischer sind als Deutschland. Gefährlich naiv ist die Idee, man könne an eine Verfassung Teile anbauen, ohne damit ihre Statik zu verändern. Das Grundgesetz ist bewährt und genießt hohes Ansehen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, es jetzt direktdemokratisch zu renovieren.

Quiz-Fragen: Zuschauer-Demokratie?

Diese Karten können ausgeschnitten und für ein Quiz verwendet werden. Rote Schrift = richtige Antwort.

Variante: Wer die Antwort ohne die Vorgaben weiß, bekommt die dreifache (oder ein anderes Mehrfaches) Punktzahl. Möglich ist es z.B. auch, die Seiten schwarz-weiß zu fotokopieren und als Test für die Klasse zu benutzen. Oder als Rechercheaufgaben fürs Internet.

1 Was fällt nicht in den Aufgabenbereich des Bundestages?

- a **Gesetzgebung**
- b Bundeskanzlerwahl
- c Regierungskontrolle
- d Währungspolitik



7 Wieviele Abgeordnete hat der Bundestag regulär?

- a **598**
- b 620
- c 298
- d 400



2 Wer wird direkt vom Volk gewählt?

- a **Bundespräsident**
- b Bundeskanzler
- c Bundestagsabgeordnete
- d Bundestagspräsident



8 Wer sitzt im Bundesrat?

- a **Opposition**
- b Vertreter der Länderregierungen
- c Sachverständige aus allen Parteien
- d Bundesräte



3 Die Bundesminister und Ministerinnen werden

- a **Vom Volk gewählt**
- b Vom Bundeskanzler bestimmt
- c Vom Bundespräsidenten bestimmt
- d Vom Bundestag gewählt



9 Wer wählt den Bundespräsidenten?

- a **Das Volk**
- b Die Bundesversammlung
- c Der Bundestag
- d Der Bundesrat



4 Der Bundeskanzler ist immer auch

- a **Oberster Befehlshaber der Streitkräfte**
- b Regierungschef
- c Parteivorsitzender
- d Staatsoberhaupt



10 Was ist ein Plebiszit?

- a **Ein Volksaufstand**
- b Ein Volksentscheid
- c Eine Bürgerversammlung
- d Ein Zitat des Plebs



5 Wer kann in Deutschland über Änderungen des Grundgesetzes beschließen?

- a **Der Bundeskanzler**
- b Der Bundestag
- c Das Volk
- d Das Bundesverfassungsgericht



11 Was ist eine Petition?

- a **Eine Abstimmung über lokale Angelegenheiten**
- b Ein Gesuch von Bürgern (meist an Staatsorgane)
- c Eine Volksbefragung
- d Eine kleine Reklamation



6 Wer muss einem so genannten zustimmungspflichtigen Gesetz zustimmen?

- a **Das Volk**
- b Alle Bundestagsabgeordneten
- c Das Bundesverfassungsgericht
- d Der Bundesrat



12 Was ist ein Referendum?

- a **Eine Volksabstimmung**
- b Ein Vortrag
- c Vollversammlung des Parlaments
- d Eine Erfrischung



Wir werden die Quizkarten in loser Folge im Rahmen der Themenblätter ergänzen zum Sammeln.
Klarsichtfolie erhöht deren Lebensdauer.

Tipp zur Internetrecherche:

→ www.bund.de; → www.bundestag.de; → www.bpb.de (jeweils unter „Suche“)

Lösungen: 1d, 2c, 3b, 4b, 5b, 6d, 7a, 8b, 9b, 10b, 11b, 12a, 13a, 14a, 15c, 16b, 17c, 18c, 19a, 20a, 21b, 22d, 23a, 24c

13 Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 betrug

- a 43%
- b 58 %
- c 75%
- d 82%



19 Der bundesweite Zusammenschluss von Jugendverbänden heißt:

- a Deutscher Bundesjugendring
- b Bundeszentrale für die deutsche Jugend
- c Zentralstelle für die Jugend
- d Deutscher Bundesverband Jugend



14 Die Wahlbeteiligung der 18-12-Jährigen betrug bei der Bundestagswahl 2002 knapp

- a 60%
- b 70%
- c 80%
- d 90 %



20 „Partizipation“ heißt

- a Teilhabe, Beteiligung
- b Aufteilung in Zellen
- c Vorwegnahme
- d Schmarotzertum



15 Seit 2000 darf man in Nordrhein-Westfalen an den Kommunalwahlen teilnehmen ab

- a 14 Jahren
- b 15 Jahren
- c 16 Jahren
- d 17 Jahren



21 „bpb“ heißt

- a Bund politischer Beamter
- b Bundeszentrale für politische Bildung
- c Behörde politischer Bildung
- d Bundesamt für politische Bildung



16 Der/die jüngste Bundestagsabgeordnete (21Jahre) heißt im Jahr 2004:

- a Carsten Schneider (SPD)
- b Anna Lührmann (B90/Grüne)
- c Jens Spahn (CDU)
- d Daniel Bahr (FDP)



22 Zur Zivilgesellschaft gehören nicht:

- a Umweltschutzverbände
- b Menschenrechtsorganisationen
- c Verbraucherschutzverbände
- d Bundesministerien



17 Während eines freiwilligen Sozialen Jahres kann man Folgendes nicht machen:

- a Amphibienzäune aufbauen
- b Kinder im Sportverein betreuen
- c Parteimitglieder werben
- d Rockmusikinitiativen unterstützen



23 Wer hat das geringste Jahreseinkommen?

- a Bundeskanzler
- b Bundestrainer
- c Bundesbankpräsident
- d Chef der deutschen Bank



18 Das informative Hausaufgabenheft der Bundeszentrale für politische Bildung heißt

- a fluter
- b Häfft
- c Timer
- d Clever



24 Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im 13. Bundestag liegt zwischen

- a 20 und 25%
- b 25 und 30 %
- c 30 und 35%
- d 35 und 40%



Lothar Scholz

Zuschauer-Demokratie?

Hier sind gängige Positionen zum Verhältnis Bürger – Politiker – Politik aufgeführt. Wie stehen Sie zu diesen Aussagen ?

Thesenraster: Schimpf und Verdruss?	meine Einschätzung				
	++	+	o	-	--
Einige schwarze Schafe dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir eine gute Politik und gute Politiker haben.	<input type="checkbox"/>				
Die Bürger schimpfen immer nur dann, wenn es ihnen an den Geldbeutel geht.	<input type="checkbox"/>				
Die Bürger sind viel zu bequem, um selbst aktiv zu werden – da ist Schimpfen einfacher.	<input type="checkbox"/>				
Die Bürger informieren sich viel zu wenig über die Dinge, über die sie schimpfen.	<input type="checkbox"/>				
Viele Bürger verstehen überhaupt nicht, wie unser parlamentarisches System funktioniert.	<input type="checkbox"/>				
Abgeordnete haben keinen Einblick in die realen Lebensbedingungen der breiten Masse.	<input type="checkbox"/>				
Abgeordnete handeln nur im eigenen Interesse.	<input type="checkbox"/>				
Die Affären und Skandale der Politiker sind eine Schande für die Demokratie.	<input type="checkbox"/>				
Abgeordnete sind auch nur Menschen mit Schwächen und Fehlern wie alle anderen.	<input type="checkbox"/>				
Lediglich vor Wahlen suchen Abgeordnete den Kontakt mit der Bevölkerung.	<input type="checkbox"/>				
Abgeordnete müssen sich dem Fraktionszwang unterwerfen und haben selbst keine eigenen Entscheidungsspielräume.	<input type="checkbox"/>				
Die Medien prägen durch skandalträchtige Meldungen das negative Bild von den Politikern.	<input type="checkbox"/>				

++ = stimme der Aussage sehr zu; + = stimme ihr im Großen und Ganzen zu; o = bin unentschieden
 - lehne die Ansicht im Großen und Ganzen ab; - - lehne sie entschieden ab

1. Wie bewerten Sie die einzelnen Aussagen?

- a) Kreuzen Sie entsprechend an.
- b) Vergleichen Sie mit Ihren Mitschülern: Wo gibt es Übereinstimmungen, wo Unterschiede?

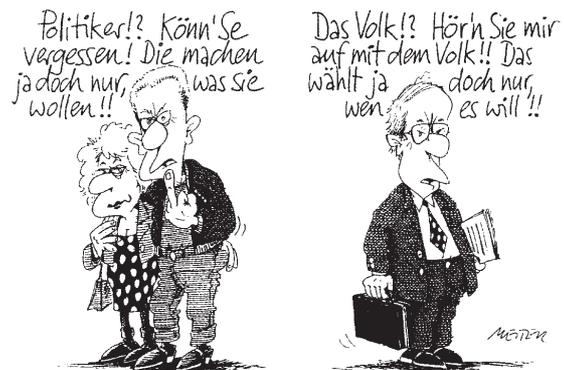
Erstellen Sie ein Meinungsprofil in Ihrer Klasse.

2. Suchen Sie eine Position heraus, mit der Sie sich näher befassen.

- a) Was ist mit dieser Aussage konkret gemeint ?
- b) Welche Einstellungen kommen zum Ausdruck ?
- c) Welche Wirkungen erzeugt die Aussage ?
- d) Gibt es Beispiele oder Gegenbeispiele für diese Aussage ?
- e) Wie könnte diese Position überprüft werden ?

3. Formulieren Sie die entgegengesetzte konträre Position.

Wie schätzen Sie diese ein ?



Zeichnung: Meister/www.c5.net

Auf den Kopf gestellt



Wie der Kopfstand die Umkehrung der normalen menschlichen Körperhaltung ist, so wird auch bei der Kopfstand-Methode im Unterricht ein Thema oder eine Frage auf den Kopf gestellt. Damit wird der widersprüchliche Effekt genutzt, dass ins Gegenteil verkehrte Fragestellungen Ansätze und Ideen zur Lösung eines Problems oder einer Frage beflügeln können.

- a) Sammeln Sie Antworten zur Kopfstandfrage in einem Brainstorming-Verfahren. Alle Antworten werden zugelassen - es gibt keine Schere im Kopf. Sicher gibt es einige interessante Perspektiven.
- b) Stellen Sie dann die Ausgangsfrage wieder vom Kopf auf die Füße. Formulieren Sie Ihre Kopfstandideen um und suchen Sie nach wünschbaren und realisierbaren Vorschlägen.

Die Kopfstandfrage:

Wie kann erreicht werden, dass sich absolut niemand mehr für Politik interessiert und sich niemand mehr engagiert?

Vom Kopf auf die Füße:

Wie kann erreicht werden, dass sich mehr Menschen für Politik interessieren und engagieren?

Lust auf Politik?!

→ Themen, die mich veranlassen könnten, aktiv zu werden

- Erhalt von Arbeitsplätzen
- Schutz der Umwelt
- Ausbau von Verkehrswegen
- Schaffung von Freizeiteinrichtungen
- Sicherung der Altersversorgung
- Bekämpfung der Armut
- gerechte Steuern
- Ausbau von Bildungseinrichtungen
- Sicherung der Sozialsysteme
- Bekämpfung der Kriminalität
- Europäische Einigung
- Dritte Welt
- Ausländerfragen
- Terror
- Krieg
- Gentechnologie
- ...
- ...
- ...
- ...
- ...
- ...

→ Wenn ich mich engagiere...

- will ich neue Erfahrungen sammeln
- muss es Spaß machen
- müssen Freunde mitmachen
- muss mein Engagement bald etwas bringen
- will ich meine Fähigkeiten einbringen können
- möchte ich dafür eine Entschädigung erhalten
- muss es etwas außerhalb von Schule/Betrieb sein
- muss ich davon überzeugt sein
- sollte mir keiner Vorschriften machen
- müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:
- ...
- ...
- ...
- ...
- ...
- ...
- ...

→ Ich könnte mir vorstellen ...

- in einer Jugendorganisation einer Partei mitzumachen
- eine Bürgerinitiative zu unterstützen
- an einer Wahl teilzunehmen
- in einer Umweltgruppe mitzuarbeiten
- an einer Demonstration teilzunehmen
- einen Aufruf oder eine Erklärung zu unterschreiben
- eine politische Versammlung zu besuchen
- sich bei der Gemeinde/der Stadt zu beschweren
- an einem Streik teilzunehmen
- einen Leserbrief für eine Tageszeitung zu schreiben
- mich an den Petitionsausschuss zu wenden
- in eine Gewerkschaft einzutreten
- einen Abgeordneten in seiner Sprechstunde aufzusuchen
- mich in einer politischen Versammlung zu Wort zu melden
- mich im Internet an „virtuellen“ Diskussionsforen zu beteiligen
- ...

Erstellen Sie ein Profil Ihrer Klasse nach der Aufgabenstellung 1. vom Arbeitsblatt A

Plebiszit: ein Mittel gegen Politikverdrossenheit?

Wenn die EU-Verfassung in Kraft tritt, werden alle bisherigen Europaverträge ungültig. Wesentliche neue Institutionen entstehen; die Europäische Union bekommt einen Außenminister und eventuell einen dauerhaften Präsidenten.

A Das ist ein grundlegender Einschnitt in der Geschichte der Europäischen Union. Deshalb sollten auch die Bürger selbst darüber abstimmen dürfen. Dazu muss das Grundgesetz geändert werden. Dann gilt aber auch: Direkte Mitsprache kann nicht auf die EU-Verfassung beschränkt bleiben (während über Gesundheitsreform, Wehrpflicht und andere brisante Themen weiter die gewählten Volksvertreter im Bundestag entscheiden). Mehr direkte Mitbestimmung führt zu mehr Demokratie, und ein Referendum zur EU-Verfassung wäre ein sinnvolles Mittel demokratischer Legitimation und ein bedeutsamer Anfang.

B Im Grundgesetz blieb die direkte Demokratie schwach ausgestaltet, weil die repräsentative Demokratie stark sein sollte. Zwischen beidem besteht ein Wechselverhältnis, und deshalb werden nun auch die Rufe nach Plebisziten lauter: Weil wir den Politikern die Lösung der Probleme nicht mehr zutrauen, soll die direkte Macht des Volkes gestärkt werden. Doch sinnvoller ist es, die repräsentative Demokratie zu stärken, damit sie wieder effizient arbeiten kann. Deshalb muss der Bundesrat Kompetenzen abgeben, so kann der Bundestag wieder mehr Macht bekommen. Dann könnte das Vertrauen in die Politik wieder steigen. Ein EU-Referendum brauchen wir dazu nicht.

(siehe auch die Pro- und Kontra-Debatte in: www.merkur.de/aktuell/po/eu-43202.html und -043201)

Wie stehen Sie dazu?



Zeichnung: Walter Hanel/Rheinischer Merkur vom August 2004



Literaturhinweise

- Arnim, Hans Herbert von: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei. München 2000
- Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden 2002
- Heußner, Hermann/Jung, Ottmar (Hg.): Mehr direkte Demokratie wagen. Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte, Praxis, Vorschläge. München 1999
- Maier, Jürgen: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland, Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Opladen 2000
- Meyer, Thomas: Die Theatralität der Politik, in: Pitz, Gerhard/Siller, Peter (Hg.): Politik als Inszenierung. Zur Ästhetik des Politischen im Medienzeitalter. Baden-Baden 2000
- Mittendorf, Volker/Schiller, Theo (Hg.): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven. Wiesbaden 2003
- Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen 2002
- Schiller, Theo: Direkte Demokratie. Eine Einführung. Frankfurt 2002

Didaktische Literatur

- Participation. teilnehmen und mitmachen. Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde, Sek. I, Nr. 6, November/ Dezember 2002 (Wochenschau-Verlag)
- Scholz, Lothar: Spielerisch Politik lernen. Methoden des Kompetenzerwerbs im Politik- und Sozialkundeunterricht. 2. Aufl., Schwalbach/Taunus 2004

Schriften und Materialien der Bundeszentrale

(auch online unter: → www.bpb.de/publikationen)

Schriftenreihe:

- Burdewick, Ingrid: Jugend – Politik - Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11-18-Jähriger. Band 430, Bonn 2003
- Dovermann, Ulrich u.a. (Hg.): Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle - Arbeitshilfen. Bonn 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

- B 19-20/2000: Politikverdrossenheit in Ost und West?
- B 28/2000: Reformwünsche in Deutschlands latentem Verfassungskonflikt
- B 44/2001: Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss
- B 15-16/2002: Wieviel Vertrauen verdienen Politiker?
- B 15/2003: Jugend und Politik

Informationen zur politischen Bildung

- Heft 207: Parteiendemokratie (vergr., online verfügbar)
- Heft 242: Kommunalpolitik

Themenblätter im Unterricht

- Nr. 38/04: Jugendbeteiligung in der Demokratie

wieder lieferbar:

Thema im Unterricht extra

- Methoden-Kiste Karteikarten, 3. Aufl. 2004
- Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene. Arbeitsmappe mit 32 Arbeitsblättern und dem vollständigen Text des Grundgesetzes

Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

Themenblätter im Unterricht, Herbst 2004

- Bestell-Nr. 5.389 _____ Nr. 39: Zuschauer–Demokratie?
 Bestell-Nr. 5.390 _____ Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?
 Bestell-Nr. 5.391 _____ Nr. 41: Unser Bild von Afrika
 Bestell-Nr. 5.392 _____ Nr. 42: Konjunktur und Konjunkturpolitik

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2

- Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
 Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet abrufbar (Kopiervorlagen auch in schwarz-weiß) → www.bpb.de (Publikationen)

Neu: Thema im Unterricht extra: „Was heißt hier Demokratie?“

32 farbige Arbeitsblätter

Bestell-Nr. 5.396 _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.341 **Pocket** Politik _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.342 **Pocket** Wirtschaft _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.343 **Neu: Pocket** global _____ Exemplare

Achtung: Bereitstellungsgebühr 1,- Euro

Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien, Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Timer bitte nicht mit diesem Coupon bestellen, sondern direkt über www.bpb.de/timer

Internet- und Kontaktadressen

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

– Bundesgeschäftsstelle –
Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
E-Mail: info@b-b-e.de
→ www.freiwillig.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Politische Bildung Online

c/o Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Staffenbergstr. 38
70184 Stuttgart
→ www.politische-bildung.net

Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie

Philipps-Universität Marburg
Institut für Politikwissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6G
35032 Marburg
→ www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de

Internetportal der Europäischen Union

Thema: Europäische Verfassung
→ europa.eu.int/futurum/index_de.htm

Mehr Demokratie e.V.

Greifswalderstr. 4
10405 Berlin
→ www.mehr-demokratie.de



Themenblätter

→ www.bpb.de > Publikationen (dort auch die vergriffenen)

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351 (vergriffen)
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat (vergriffen)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? Bestell-Nr. 5.354 (vergriffen)
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356 (vergriffen)
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359 (vergriffen)
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361 (vergriffen)
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364 (Restauflage)
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368 (vergriffen)
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369 (vergriffen)
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370 (vergriffen)
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372 (vergriffen)
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89 Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382
- Nr. 33: Internet-Sicherheit Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU. Bestell-Nr. 5.384
- Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen Bestell-Nr. 5.385
- Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA Bestell-Nr. 5.386
- Nr. 37: 20. Juli 1944: Attentat auf Hitler Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie Bestell-Nr. 5.388
- Nr. 39: Zuschauer-Demokratie? Bestell-Nr. 5.389
- Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390
- Nr. 41: Unser Bild von Afrika Bestell-Nr. 5.391
- Nr. 42: Konjunktur und Konjunkturpolitik Bestell-Nr. 5.392

Fax: 0 89-5 11 72 92

E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma
Franzis' print & media
Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inland-Adressen!)

SCHULE PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: